



**Juliane Seifert**

Staatssekretärin

Rheinessen gegen Rechts e.V.  
Herrn Roland Schäfer  
Goethestraße 2  
55218 Ingelheim am Rhein

HAUSANSCHRIFT Glinkastraße 24, 10117 Berlin

POSTANSCHRIFT 11018 Berlin

TEL +49 (0)30 20655-1500

FAX +49 (0)30 20655-4150

E-MAIL [st@bmfsfj.bund.de](mailto:st@bmfsfj.bund.de)

INTERNET [www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de)

ORT, DATUM Berlin, den 14. 11. 2019

Sehr geehrter Herr Schäfer, *Lieber Roland,*

vielen Dank – auch im Namen von Frau Bundesministerin Dr. Franziska Giffey – für Ihr Schreiben vom 18. Oktober 2019, in welchem Sie für ein Demokratiefördergesetz plädieren.

Nicht zuletzt der Mord an Herrn Regierungspräsident Walter Lübcke und der Anschlag in Halle an der Saale haben erneut sehr deutlich gemacht, wie unverzichtbar – neben den Maßnahmen der Sicherheitsbehörden und der Durchsetzung des Rechtsstaats – eine gesicherte und auf Dauer angelegte zivilgesellschaftliche Präventionsarbeit ist. Diese furchtbaren Taten verdeutlichen auch die Aufgabe des Staates, das zivilgesellschaftliche Engagement für unsere Demokratie, für Vielfalt und gegen jede Form vom Extremismus nachhaltig abzusichern und mit guten Rahmenbedingungen zu befördern.

Deshalb ist die Stärkung der Präventionsarbeit auch Teil des aktuell beschlossenen Maßnahmenpakets der Bundesregierung zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität. Das ist ein wichtiges Signal in die Zivilgesellschaft und an die Engagierten.

Es ist geplant, die vorhandenen Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit



SEITE 2 auszubauen und deren Förderung auf hohem Niveau zu verstetigen. Das bedeutet:  
Für das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ werden die aktuell zur Verfügung  
stehenden Mittel in Höhe von 115,5 Mio Euro in der Finanzplanung bis 2023  
fortgeschrieben.

Darüber hinaus setzt sich Frau Bundesministerin Dr. Franziska Giffey auch weiterhin  
für eine verbesserte Fördergrundlage ein. Sie hat deshalb mit Bundesminister  
Seehofer vereinbart, dass das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat  
und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gemeinsam  
prüfen, welche zusätzlichen rechtlichen und konzeptionellen Strukturen erforderlich  
sind, um verlässliche und bedarfsgerechte Fördermöglichkeiten zu gewährleisten.

Mit freundlichen Grüßen

  
Juliane Seifert